

Windkraft und Wahl

Gemeindevertretung Linsengericht will Bürgerbefragung im September

Linsengericht (küm). Einstimmig haben die Gemeindevertreter im Linsengericht gestern Abend entschieden, die Bürgerbefragung zur möglichen Windkraftnutzung am Franzosenkopf am gleichen Tag wie die Bundestags- und Landtagswahlen auszurichten. Eine Einschränkung aber formulierten die Gemeindevertreter: Bis zur nächsten Sitzung soll der Landeswahlleiter die Möglichkeit bekommen, ein Veto einzulegen.

Die Gemeindevertretung erhofft sich von diesem Termin die höchstmögliche Beteiligung der Linsengerichter an

der Entscheidung pro oder contra Windkraft am Franzosenkopf. Die Gemeindevertreter hatten sich bereits im vergangenen Jahr dazu verpflichtet, dem Votum der Bürger zu folgen. In den vergangenen Monaten hatte der Gemeindevorstand mehrere Stellungnahmen erhalten. Der hessische Städte- und Gemeindebund und der Landeswahlleiter hatten Bedenken geäußert, eine solche Bürgerbefragung zeitgleich mit den Wahlen zu terminieren. Dies könnte zu Konflikten mit dem Wahlergebnis kommen, laut Landeswahlleiter könnte dies im schlechtesten Falle Nachwahlen im

Linsengericht bedeuten. Nicht die Bürgerbefragung, sondern die Parlamentswahlen stünden also auf der Kippe.

Der Bundeswahlleiter im Gegensatz hatte keine Bedenken. Um sich nicht weiter „von den unterschiedlichen juristischen Stellungnahmen an der Nase herumführen zu lassen“, wie es SPD-Fraktionschef Bernd Becker nannte, solle aber bis zur nächsten Gemeindevertreter-sitzung im Juni dem Landeswahlleiter die Möglichkeit gegeben werden, ein Veto einzulegen. „Wenn er sich bis dahin nicht äußert, dann soll der Gemeindevorstand die Bürgerbefragung zum 22. September

vorbereiten“, so Becker. BGL-Fraktionsvorsitzender Heinz Breitenbach und sein CDU-Kollege Joachim Schmidt zeigten sich erfreut, dass sich SPD und Grüne ihrem Vorschlag angeschlossen haben. „Es ist schön, dass wir uns über den Kern einig sind. Nämlich so viele Bürger wie möglich an der Entscheidung zu beteiligen“, sagte Breitenbach. Joachim Schmidt schlug vor, die positive Stellungnahme des Bundeswahlleiters an den Landeswahlleiter weiterzuleiten, um den Willen der Linsengerichter weiter zu unterstreichen. Auch dieser Idee schlossen sich die Gemeindevertreter einstimmig an.